

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN · Felsberg

An die  
Stadtverordnetenvorsteherin  
Frau Sabine Quehl  
Vernouillet-Allee 1  
34587 Felsberg

**Jochen Pschibul**  
Fraktionsvorsitzender  
Obere Birkenallee 5  
34587 Felsberg

Felsberg, 16. Februar 2022

**Antrag auf Prüfung der Möglichkeiten kurzfristig realisierbarer Zwischenlösungen bis zur  
Bezugsfähigkeit des geplanten Neubaus einer Kindertagesstätte**

Sehr geehrte Frau Stadtverordnetenvorsteherin,

wir bitten Sie, den nachfolgenden Antrag zur Abstimmung durch die Stadtverordnetenversammlung auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung zu nehmen:

**Beschlussvorschlag:**

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

Der Magistrat wird beauftragt, vor Beginn des neuen Kindergartenjahres die Möglichkeiten für eine den Bedarf an Kinderbetreuungsplätzen deckende Zwischenlösung bis zu einer Fertigstellung des geplanten Neubaus einer Kindertagesstätte zu prüfen und im Ausschuss für Soziales, Umwelt und Stadtentwicklung vorzustellen.

Dabei sollen

- räumliche Erweiterungen, beispielsweise in Containerbauweise an bestehenden Kindergartenstandorten,
- ggf. die Schaffung einer Einrichtung auf dem Gelände des alten Bolzplatzes (beispielsweise in Containerbauweise),
- eine längerfristige Nutzung von Standorten, die derzeit als „Notgruppen“-Standorte bezeichnet werden durch Beendigung von deren provisorischem Charakter
- und andere denkbare Alternativen

in Betracht gezogen werden.

Der Antrag soll auch im Ausschuss für Soziales, Umwelt und Stadtentwicklung beraten werden.

### **Begründung:**

Zunächst soll mit dem Antrag auf eine kurzfristige Lösung für eine Übergangszeit bis zum Abschluss des Neubaus der Kita hingewirkt werden (voraussichtlicher Zeitraum aktuell bis mindestens 2025). Diese kurzfristige Lösung kann beispielsweise in der Aufstellung von geeigneten Containern an den bestehenden Kindergartenstandorten erfolgen. Diese Lösung wird aktuell von uns favorisiert, da diese durch Anmietung zeitlich sehr flexibel (bei einem geplanten Neubau sehr wichtig), hinsichtlich der Standorte und etwaiger Veränderungen dieser sehr mobil sowie kurzfristig umsetzbar ist (Bestellung bis Aufbau ca. 3 Monate). Wir sind nicht auf diese Lösung fixiert. Sofern jemand alternative Vorschläge haben, können wir auch diesen zustimmen. Es geht um die Lösung des Problems.

Wir befinden uns in einer intensiven Diskussion über den, nach der Bedarfsplanung von Landkreis und Stadt Felsberg, erforderlichen Neubau einer sechsgruppigen Kindertagesstätte mit einem voraussichtlichen Investitionsvolumen von ca. 6 Mio. €. Der Abschluss des durchgeführten Architektenwettbewerbs und der endgültige Startschuss für eine Realisierung eines Neubaus verzögert sich aufgrund vielfältiger Probleme, Informationen aber auch Informationsdefiziten. Die finalen Entscheidungsgrundlagen liegen leider noch nicht beschlussreif auf dem Tisch.

Angesichts des Investitionsvolumens und der langfristigen Bindungen eines Neubaus ist eine gut abgewogene Entscheidung besonders wichtig.

Zeitgleich berichtet der Bürgermeister und die Verwaltung von einer aktuell starken Nachfrage nach Betreuungsplätzen und einem derzeitigen Angebotsdefizit in den bestehenden städtischen Einrichtungen. Diese Deckungslücke muss bis zur Fertigstellung eines Neubaus – voraussichtlich in 2025 - geschlossen werden. Hierfür braucht es eine für den gesamten Zeitraum tragfähige Übergangslösung.

Eine gute Konzeption für diese Übergangszeit muss nun erstellt werden. Diese Konzeption wollen wir hiermit, entkoppelt von der Diskussion um den KiTa-Neubau, anstoßen.

Damit soll vor allen Dingen den berechtigten Ansprüchen der Familien auf ein angemessenes Betreuungsangebot bis zur Realisierung des KiTa-Neubaus Rechnung tragen.

Die Stadtverordneten haben das Recht, sich vor einer solchen weitreichenden Entscheidung für die Stadt umfassend zu informieren, um eine Entscheidung letztendlich guten Gewissens treffen zu können. Die Mitarbeiter der Stadtverwaltung müssen aus der Misere herausgeholt werden, täglich aufgrund fehlender Betreuungsmöglichkeiten Kritik enttäuschter Eltern zu erfahren (Aussage des Bürgermeisters). Der Antrag soll somit auch einem Interessenausgleich zwischen den Beteiligten dienen.

Durch diesen Antrag wird

- der Raum für Informationseinholung und Diskussionen geschaffen, um abschließend eine fundierte und damit bessere Entscheidung zu treffen,
- die Nachfrage nach Kindergartenplätzen schnellstmöglich für die notwendige Übergangszeit gedeckt,
- der Anspruch der Elternschaft auf Kinderbetreuung befriedigt,
- den zuständigen Mitarbeitern der Verwaltung das Leid durch Kritik enttäuschter Eltern erspart,
- die Stadt vor Regressansprüchen von Familien aufgrund rechtlich zustehender aber nicht angebotener KiTa-Plätze geschützt und
- die Möglichkeit geschaffen, neues KiTa-Personal für die neuen Gruppen jetzt zu gewinnen und später im KiTa-Neubau weiter zu beschäftigen. Die Gewinnung entsprechender Fachkräfte wird von Jahr zu Jahr eher schwieriger.

Eine weitere Erläuterung erfolgt mündlich.

  
Jochen Pschibul